



Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien kam am 05.06.2020 im Plenarsaal zusammen. Auf der Tagesordnung stand u.a. der Rundfunkstaatsvertrag.



Am 08.06. fand die Übergabe mobiler Löschbehälter in Schierke statt.



Am 11.06. informierte sich die AG Landesentwicklung vor Ort über die Ortsumgehungen in Halberstadt.



Am 30.06. tagten die Arbeitsgruppen Wirtschaft und Umwelt gemeinsam zum Abfallwirtschaftsplan.



Ausgabe 1/2020

EINBLICK

DAS INFOBLATT DER CDU-FRAKTION IM LANDTAG VON

SACHSEN-ANHALT

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge kommt!



Daniel Szarata und Tobias Krull
Mitglieder der AG Straßenausbaubeiträge

Seit Monaten wird in Sachsen-Anhalt die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gefordert. Bereits im November des letzten Jahres hat die CDU-Landtagsfraktion öffentlich erklärt, die Bürger und die Kommunen von den Straßenausbaubeiträgen zu entlasten.

Nach Schaffung der Haushaltsvorsorge durch den im März beschlossenen Doppelhaushalt werden wir nunmehr die rechtlichen Grundlagen ändern, um die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Aus Sicht der Fachpolitiker der CDU-Landtagsfraktion soll die Abschaffung der Beiträge durch ein klares Beitragserhebungsverbot erfolgen. Danach dürfen keine Beiträge mehr erhoben werden, bei denen die Beitragspflicht nach dem 31. Dezember 2019 entstanden ist.

Für Straßenausbaumaßnahmen, bei denen die Beitragspflicht bis einschließlich 31.12.2019 entstanden ist, bleibt es grundsätzlich bei der bisherigen Rechtslage. Im anstehenden Gesetzgebungsverfahren sind noch einige Details zu klären, unter anderem die Festlegung der Kriterien für die Ausgleichszahlungen des Landes an die Gemeinden für zukünftige Straßenausbaumaßnahmen. Im Vordergrund steht hier natürlich die kommunale Entlastung.

Wir sind zuversichtlich, dass die Novelle des Kommunalabgabengesetzes im September in den Landtag eingebracht werden kann. Es bedarf dann der breiten Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände und weiterer Anzuhörender im parlamentarischen Beratungsverfahren.

CDU-Initiative zu Funklöchern wird endlich umgesetzt

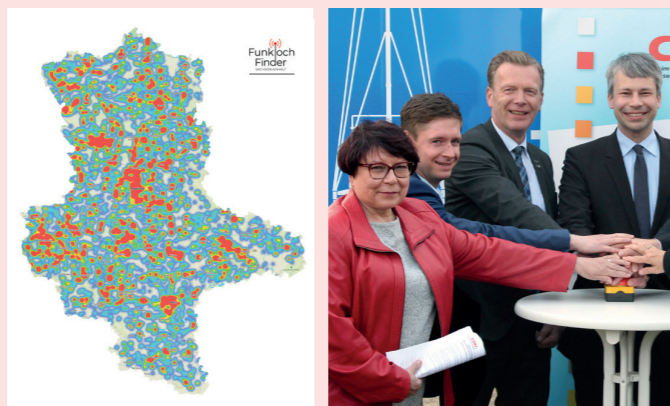


Ulrich Thomas
Wirtschaftspolitischer Sprecher

Die CDU-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt hat die Initiative der Landesregierung zum Stopfen von Funklöchern begrüßt. Der politische Druck zahlt sich nun endlich aus. Die CDU-Fraktion hatte über ein Jahr lang die Bürgerinnen und Bürger des Landes aufgerufen, über eine interaktive Karte Funklöcher zu melden. Insgesamt sind über unsere Seite www.funklochfinder.de mehr als 67.000 Meldungen eingegangen.

Wir freuen uns sehr über die Presseankündigung der Landesregierung, die Beseitigung von Funklöchern nun aktiv anzugehen. Auch dass unsere Vorschläge zur Nutzung von mobilen Containersystemen und von Behördenlösungen aufgegriffen wurden. Das wird zweifellos zur Beschleunigung des gesamten Verfahrens führen. Ich danke allen Usern, die über Wochen und Monate Funklöcher gemeldet haben. Ihnen wollen wir die positive Botschaft überbringen, das sich ihr Einsatz gelohnt hat.

Angesichts der vorliegenden Daten ist es nun möglich, die Qualität und die Versorgungsdichte des Mobilfunks zwischen Zeitz und Havelberg signifikant zu verbessern. Auf Antrag der CDU hat die Koalition dafür gesorgt, das zum Stopfen von Funklöchern insgesamt 2,7 Mio. Euro im Haushaltsplan festgeschrieben wurden. Wir hoffen sehr, dass wir in den kommenden Monaten möglichst viele Funklöcher schließen können. Das ist der praktische Beitrag der CDU für eine zukunftsfähige und moderne digitale Infrastruktur.



Medizinische Versorgung im ganzen Land sichern



Tobias Krull
Sozialpolitischer Sprecher

Derzeit wird in Sachsen-Anhalt sehr intensiv über die Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung in Krankenhäusern diskutiert. Um es ganz klar zu sagen, als CDU-Fraktion bekennen wir uns klar zu allen Krankenhausstandorten, an denen auch in Zukunft medizinische Leistungen für die Bevölkerung angeboten werden müssen. Eine gute medizinische Grundversorgung in erreichbarer Entfernung muss für alle Menschen in Sachsen-Anhalt, unabhängig von ihrem Wohnort, sichergestellt sein. Die Beachtung der Qualitätsstandards ist obligatorisch. Das heißt, die Krankenhäuser sind aufgefordert zu kooperieren und ihre jeweiligen Stärken einzubringen. Oberstes Ziel ist dabei immer die Sicherstellung des Patientenwohls.

Mit dem Gutachten zur Krankenhausstruktur wollen wir die Basis dafür schaffen, dass der vorhandene Investitionstau an den Krankenhäusern zielgerichtet abgebaut werden kann. Neben der Krankenhausversorgung gibt es aber weitere „Baustellen“ im Gesundheitswesen im Land. Auch die hausärztliche und fachärztliche Versorgung muss sichergestellt sein. Mit der Einführung der Landarztquote bei der Vergabe von Medizinstudienplätzen wurde ein wichtiger Schritt zur Bedarfsdeckung unternommen. Gleichzeitig muss die sektorübergreifende Versorgung, also die Zusammenarbeit von niedergelassenen Ärzten/Ärztinnen und Krankenhäusern, weiter vorangetrieben werden.

Neben der konsequenteren Nutzung der Möglichkeiten der Digitalisierung müssen wir noch einige Aufgaben mehr lösen, um die medizinische Versorgung im ganzen Land zu sichern. In diesem Sinne wird die Gesundheitspolitik auch weiterhin einer unserer Schwerpunkte in der politischen Arbeit bleiben.



Bürgerumfrage dazwischenrufen.de!



Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender

Liebe Leserin, lieber Leser,

die CDU-Landtagsfraktion führt ihre Dialogoffensive fort, in deren Mittelpunkt die Bürgermeinung steht! Nachdem bereits im Jahr 2010 und 2015 die größte Bürgerumfrage Sachsen-Anhalts erfolgreich durchgeführt wurde, will die CDU-Fraktion erneut wissen, was die Menschen in Sachsen-Anhalt bewegt!

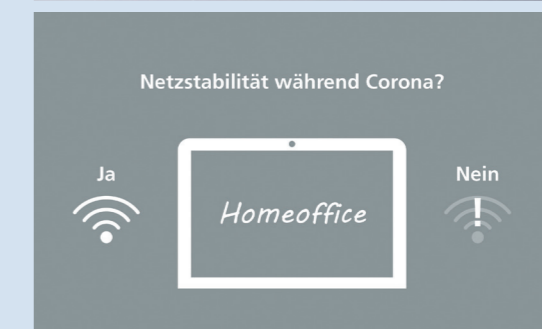
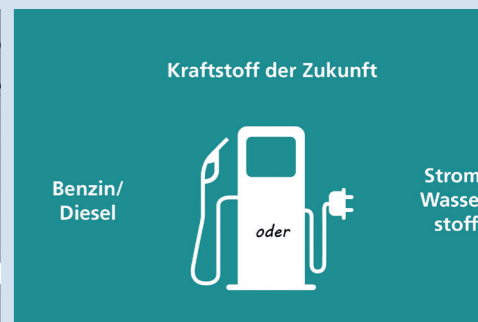
Ist das Abitur Ländersache? Welchen Kraftstoff nutzen wir in Zukunft? Tun wir genug für unseren Wald? Dies sind nur einige Fragen, die die CDU-Fraktion von den Bürgerinnen und Bürgern Sachsen-Anhalts beantwortet haben möchte. Unter dem Motto #dazwischenrufen steht für uns erneut die Bürgermeinung im Mittelpunkt. Wir hören zu und sehen hin – gestalten damit Politik.

Die Bürgerumfrage soll eine Bestandsaufnahme sein, Einblicke in die parlamentarische Arbeit geben und in der Auswertung Grundlagen für weitere Handlungen bieten. Dazu wurde ein

Online-Fragebogen erarbeitet, der Themen unter der großen Überschrift „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ u. a. aus der Wirtschaftspolitik, Bildung, Sicherheit und Umwelt aufführt.

Der Fragebogen ist bis Anfang August über die Homepage www.dazwischenrufen.de verfügbar. Im September sollen die Umfrageergebnisse dann präsentiert werden. Die Antworten fließen in die Gestaltung einer an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichteten parlamentarischen Arbeit für unser Land ein. Wir freuen uns auf ehrliche Meinungen und interessante Impulse und bitten Sie recht herzlich, sich zu beteiligen.

Jetzt mitreden, mitgestalten, mitmachen:
www.dazwischenrufen.de



Vom 1. Juli bis zum 5. August zählt Ihre Meinung unter www.dazwischenrufen.de



Herausgeber:
CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6 - 9, 39104 Magdeburg
Vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden
Siegfried Borgwardt MdL.
V.i.S.d.P.:
Steffen Eckold, Fraktionsgeschäftsführer
Sandra Hietel, Pressesprecherin
Stand: Juli 2020
Fotonachweis (allg.):
©CDU-Pressestelle / Portraitbilder: Rayk Weber

Druck: Max Schilnius Magdeburg GmbH & Co. KG, Hallenstraße 37, 39112 Magdeburg



Am 02.03. lud die CDU-Fraktion zur Veranstaltung Blickwinkel Wald nach Schierke.



Gemeinsame AG-Sitzung der Arbeitsgruppen für Wirtschaft und Finanzen am 21.04.2020.



Mahnwache der Gastronomen am 24.04.2020 auf dem Domplatz



Der Fraktionsvorsitzende bei der Übergabe einer Schutzmasken-Spende am 28.04. an Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes.



Fachgespräch des Landwirtschaftsausschusses zum Thema Nitratmessstellen am 13.05.2020



Besprechung der Arbeitsgruppen Landwirtschaft, Umwelt und Wirtschaft am 02.06.2020.



Am 02.06. beriet die Arbeitsgruppe Inneres und Sport mit dem Geschäftsführer des Landesjagdverbandes zu den Themen Wildverbiss, Bejagungsschneisen und Nachtsichtgeräte.

Mit Augenmaß und Vernunft die Corona-Krise meistern



Tobias Krull
Sozialpolitischer Sprecher

Die Bekämpfung der Ausbreitung des Sars-CoV2-Virus hat jeder und jedem Einzelnen von uns viel abverlangt. Das geht hin bis zu existenziellen Fragen, zum Beispiel zur beruflichen Zukunft. Man kann und darf jede ergriffene Maßnahme hinterfragen. Gleichzeitig muss man sich vor Augen führen, dass Deutschland bisher relativ gut durch die Krise gekommen ist. Und das mit Maßnahmen, die gerade im europäischen bzw. weltweiten Vergleich, als grundsätzlich verhältnismäßig zu bezeichnen sind. Der Staat hat massive Hilfsprogramme auf den Weg gebracht. Sicher gibt es noch Personen, Einrichtungen und Unternehmen für die noch kein zielgerichtetes Unterstützungsprogramm vorhanden ist. Hier wäre noch entsprechend nachzusteuern. Gleichzeitig ist auch klar, dass öffentliche Mittel nicht in unbegrenzter Höhe zur Verfügung stehen.

Wir alle müssen uns bewusst sein, dass die Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung durch diesen Virus weiterhin bestehen. Bei allem verständlichen Wunsch nach Lockerungen und der Rückkehr zur Normalität dürfen wir das nicht vergessen. Die Menschen in diesem Land haben gemeinsam viel erreicht. Das sollten wir nicht leichtfertig riskieren, sondern mit Augenmaß und Vernunft handeln. Aus der Krise sollten wir aber auch die positiven Dinge mitnehmen, wie die guten Beispiele für die Solidarität der Menschen untereinander und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ich denke, wenn uns dies gelingt, haben wir die Chance, dass unser Land gestärkt aus dieser Krise hervorgeht.

Bei der Waldbrandprävention gibt es keine Kompromisse



Guido Heuer
Forstpolitischer Sprecher

Rund ein Viertel der Landesfläche Sachsen-Anhalts ist von Wäldern bedeckt. Der Borkenkäfer hat, begünstigt durch Stürme und extreme Trockenheit, die Wälder massiv geschädigt und zu einem beispiellosen Baumsterben geführt. Bedingt durch die großen Totholzbestände wurde die Waldbrandgefahr signifikant erhöht. So müssen wir für 2020 auf die traurige Bilanz von fünf größeren Waldbränden allein im Harz blicken, die seit langem seitens der Kreisbrandmeister und Feuerwehrkameraden ange-mahnt wird.

Entgegen der Auffassung von Bündnis 90/Die Grünen erhöht eine fehlende Beräumung des Totholzes die Brandlast. Egal wie sich der Wald entzündet, wenn es brennt, dann richtig. Die Hanglagen, Inversionswetterlagen und schwer zugängliche Gebiete erschweren eine Waldbrandbekämpfung zusätzlich. Daher unterstützen wir die Forderungen der Kreisfeuerwehrverbände Harz nach der Schaffung von Sonderzonen für die Waldbrandbekämpfung sowie der Anpassung von Waldbrandgefahrenklassen.

Wenn wir über steigende Waldbrandgefahren sprechen, dürfen wir die anderen Waldbestände nicht außer Acht lassen, denn auch die sandigen Kiefernwälder des Fläming und die feuchten Auenwälder entlang der Elbe haben stark gelitten. Aus diesem Grund ist es notwendig, Funktechnik und Drohnen für die Feuerwehren vorzuhalten sowie in Absprache mit den Verantwortlichen für die Anschaffung mobiler Löschwasserbehälter unterschiedlicher Größenordnung und Schutzkleidung Sorge zu tragen. Zudem sollte über eine Einbindung der Landwirte in geplante Alarm- und Ausrückordnungen der Rettungsleitstellen via SMS diskutiert und eine mögliche Zusammenarbeit geprüft werden.

Der Wald und dessen Fortbestand geht uns alle etwas an. Wir haben daher die Landesregierung aufgefordert, eine ganze Reihe von Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Dazu gehören neben der Bereitstellung von Löschwasserkapazitäten und Kartenmaterial auch die angemessene Ausstattung der Feuerwehren sowie ein zukunftsgerichtetes Brandschutzkonzept.

Rundfunkbeitrag – derzeit keinen Cent mehr!



Markus Kurze
Medienpolitischer Sprecher

Der Rundfunkbeitrag für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk soll ab dem 1. Januar 2021 um 86 Cent von 17,50 Euro auf 18,36 Euro erhöht werden. Die CDU-Fraktion steht zum dualen Rundfunksystem in Deutschland, also zum Nebeneinander des beitragsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der privaten Programme. Beide sind uns wichtig. Als gewählte Vertreter der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land müssen wir deren Fragen und Interessen in die politische Entscheidung einbringen, das ist unsere Pflicht. Die grundsätzliche Kritik in der Bürgerschaft an einer Erhöhung des Rundfunkbeitrages zum jetzigen Zeitpunkt und am Angebot von ARD und ZDF ist unüberhörbar.



Die CDU-Fraktion setzt sich seit Jahren für eine Beitragsstabilität ein. Von uns ging der Impuls zur letzten Senkung der Rundfunkgebühr aus, den anschließend eine Mehrheit der Länderparlamente unterstützte. Deshalb sind wir stringent in unserem Handeln. Der Bürger kann eben nicht entscheiden, ob er sich für den monatlich Beitrag eine Berufsunfähigkeit- oder Unfallversicherung kauft. Er ist zum Zahlen des gesetzlichen Rundfunkbeitrages verpflichtet. Deshalb ist die Akzeptanz der Bürger direkt an die Beitragszahlung geknüpft und diese steigt nicht wirklich nach oben, so wie es der Beitrag jetzt soll. Wir haben den Bürgern versprochen, übrigens auch im Koalitionsvertrag, dass wir für Beitragsstabilität über 2020 hinaus sorgen.

Es gibt gute Gründe, nicht nur durch die Belastungen der Corona-Pandemie, auf eine Gebührenerhöhung zu verzichten. Wir sehen vor allem die Kritik der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF). Diese scheint seit Jahren an vielen Stellen

ins Leere zu laufen. Der KEF fehlen tiefgreifende Umstrukturierungen und kostensenkende Reformmaßnahmen der Anstalten. So liegt z. B. das Gehaltsgefüge der Öffentlich-Rechtlichen deutlich über dem des vergleichbaren öffentlichen Sektors oder der privaten Medienwirtschaft. Ob es um die Menge der Radioprogramme oder der TV-Kanäle geht, ob es um Parallelstrukturen geht, nirgends ist echter, tiefgreifender Sparwille zu erkennen. Viele Bürger fragen zu Recht, brauchen wir wirklich über 20 Fernseh- und 74 Radioprogramme, um einer politisch und wirtschaftlich unabhängigen Grundversorgung an Nachrichten und Kultur nachzukommen?

Im Landtag von Sachsen-Anhalt gibt es derzeit keine Mehrheit für eine Beitragserhöhung. Dies hat auch unser Ministerpräsident in seiner Protokollnotiz deutlich gemacht, als er den Gesetzesentwurf unterschrieben hat, um das Ratifizierungsverfahren hierzu in Gang zu setzen. Somit können alle 16 Länderparlamente sich mit diesem Thema auseinandersetzen. Dies wird voraussichtlich nach dem Sommer passieren. Wir erhoffen uns eine ehrliche Debatte unter den Abgeordneten. Dabei ist die Meinung der Bürger wichtig, was diese zukünftig vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk erwarten und ob sie bereit sind, dafür mehr zu bezahlen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist Bestandteil unserer Demokratie, er muss erhalten und bezahlbar bleiben.



Gespräch mit den Intendanten der Rundfunkanstalten am 9. Juni 2020 im Rahmen der Fraktionssitzung.

Praktikumsgutscheine können ab sofort beantragt werden



Ulrich Thomas
Wirtschaftspolitischer Sprecher

Lieber spät als gar nicht. Über drei Jahre hat es gedauert, bis wir endlich am Ziel angekommen sind. Unglaublich viele Detailfragen mussten geklärt werden.

Die CDU-Fraktion hat sich stets dafür eingesetzt, dass Schülerinnen und Schüler bereits in der Berufsfindungsphase mit den Unternehmen zusammengebracht werden. Mit den Praktikums-gutscheinen stärken wir die duale Berufsausbildung und wollen einen Beitrag gegen den Lehrlingsmangel in Handwerksberufen und bei mittelständischen Unternehmen leisten. Die Partnerschaft zwischen Schule und Unternehmen ermöglicht Jugendlichen Erfahrungen zu sammeln, die über den Schulalltag hinaus gehen. Je mehr Erfahrungen Schülerinnen und Schüler machen, desto mehr Überblick, Entscheidungsfreiheit und Entscheidungsfähigkeit haben sie im Hinblick auf ihren beruflichen Lebensweg.

Als Anreiz werden wir den Schülerinnen und Schülern eine Praktikumsvergütung zukommen lassen. Dafür haben wir die notwendige Vorsorge im Haushalt getroffen. Die Abwicklung wird über ein unbürokratisches Verfahren das ausschließlich online über die Internet-Seiten der Handwerkskammer Halle erfolgen. Unter www.hwkhalle.de/praktikum findet man dazu seit dem 15. Juli 2020 alle notwendigen Informationen.

